

TAGUNG

Mehr Teilhabe am Kapital der Wirtschaft

Chancen und Möglichkeiten für den nachhaltigen Ausbau der
Mitarbeiterbeteiligung und Vermögensbildung

10. Mai 2017 | 9.30 - 17.00 Uhr

Siemens AG Hauptverwaltung Berlin
Nonnendammallee 101
13629 Berlin

Veranstaltungspartner



TAGUNGRÜCKBLICK

Mitarbeiterbeteiligung am Kapital der Unternehmen steht für das Prinzip der Eigenverantwortung und Freiheit im Sinne Ludwigs Erhards, unterstützt den Einstieg in die Aktienorientierte Altersvorsorge und ermöglicht bei zunehmender Bedeutung der Kapitaleinkünfte auch in Zukunft Wohlstand für alle. Zu diesem Ergebnis kamen Roland Tichy, Professor Dr. Hilmar Schneider, Hans-Jörg Naumer und Dr. Norbert Kuhn auf der Tagung „Mehr Teilhabe am Kapital der Wirtschaft“ in der Siemens Hauptverwaltung am 10. Mai 2017 in Berlin. Um die Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland stärker zu fördern, appellierte Georg Geberth von Siemens, für einen höheren Steuerfreibetrag für Mitarbeiter sowie für eine rechtsichere Regelung für die steuerliche Abziehbarkeit für Unternehmen. Die unsichere steuerliche Behandlung der Mitarbeiterbeteiligung mahnte auch Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Dr. Rolf Leuner von Rödl & Partner an.

Am 10. Mai 2017 hatte der Bundesverband Mitarbeiterbeteiligung - AGP zu seiner Tagung „Mehr Teilhabe am Kapital der Wirtschaft“ in die Siemens Hauptverwaltung nach Berlin eingeladen, um mit namhaften Experten, Unternehmern und Vertretern aus Politik, Verbänden und Gewerkschaften über Chancen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Verbesserung der Vermögensbildung und der Mitarbeiterbeteiligung zu diskutieren. AGP Vorstand Sven Huschke eröffnete die Tagung und begrüßte zusammen mit Eva Schulz-Kamm, Leiterin Government Affairs der Siemens AG, die rund 100 Teilnehmer in den Räumen des Technologiekonzerns, zu dessen DNA es gehöre, Mitarbeiter am Kapital zu beteiligen und sie zu Mit-Eigentümern zu machen, so Frau Schulz-Kamm.

In seinem Eröffnungsvortrag erinnerte der Vorstandsvorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung, Roland Tichy, daran, dass Ludwig Erhard nicht nur Wohlstand sondern auch Eigentum für alle als wesentliche Grundlage für Eigenverantwortung und Freiheit wollte. Eine zentrale Rolle spielte für Erhard dabei die Vermögenspolitik, als deren Bestandteil auch die Volksaktie anzusehen war. Tichy betonte, dass wir heute nicht über Renten diskutieren müssten, wenn sich die Volksaktie durchgesetzt hätte. Stattdessen liegen heute bis zu 80 Prozent der deutschen Aktien in ausländischer Hand und die Kapitalerträge fließen aus Deutschland ab, so Tichy. Aktuell würde das Prinzip der Freiheit durch Gesetzgebung und Politik verwässert; nicht der einzelne sondern Institutionen sorgen für uns und bestimmten

über unsere Altersvorsorge und Rente. Dieser Weg der Kollektivierung und Entmündigung hebe jedoch die Leistungsbezogenheit auf. Die Idee von Privateigentum und Vermögensbildung würde damit nicht entfaltet. Die AGP, so Tichy, stehe mir ihrer Arbeit und ihrer Forderung nach mehr Teilhabe am Kapital der Wirtschaft für das Prinzip der Eigenverantwortung und der Freiheit im Sinne Ludwigs Erhards.



Roland Tichy, Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Professor Dr. Hilmar Schneider, Vorsitzender der Geschäftsführung des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit – IZA, wandte sich der Frage zu, wie eine Verteilung der Wertschöpfung in einer sich verändernden Arbeitswelt angemessen gestaltet werden kann. Im Gegensatz zu vielen anderen Prognosen sieht er nicht das „Ende der Arbeit“, sondern einen Wandel der Ausführungen und Tätigkeiten, der für den Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung schon immer charakteristisch war. Da Kapitaleinkünfte in Zukunft aber noch mehr an Bedeutung gewinnen, müsse sich die Gesellschaft mit der Frage auseinandersetzen, wie sie die Verteilungsfrage bei wachsender Diskrepanz zwischen den Einkunftsarten lösen will, so Zimmermann. Seiner Beurteilung nach



Professor Dr. Hilmar Schneider, Vorsitzender der Geschäftsführung des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit – IZA.

bietet die Mitarbeiterbeteiligung dabei im Gegensatz zur Umverteilung durch eine Robotersteuer die besseren Chancen, da sie Produktivität und Innovationskraft nicht hemmt, sondern fördert.

Mit der Frage der Vermögensbildung im 21. Jahrhundert beschäftigte sich im Anschluss auch Hans-Jörg Naumer, Global Head of Capital Markets & Thematic Research von Allianz Global Investors. Er zeigte auf, wie schon in den letzten Jahrzehnten der Anteil des Arbeitseinkommens am gesamten Volkseinkommen immer stärker abgenommen habe. Mit Blick darauf, dass Roboter immer erschwinglicher werden und durch ihren Einsatz dramatische Einsparungen bei der Fertigungen selbst im Vergleich mit Niedriglohnländern erzielt werden können, bestehe die Herausforderung darin, von einer Gesellschaft der Lohnempfänger zu einer Gesellschaft der Kapitaleigner zu werden, um Wohlstand für alle weiterhin zu gewährleisten. Dazu müssten die Arbeitseinkommen zunehmend durch Kapitaleinkommen ergänzt werden. Kapitalbeteiligung heißt daher das Gebot der Stunde, so Naumer. Schon heute könnten den deutschen Arbeitnehmern alle Dax-Konzerne gehören, wenn sie sich über einen Zeitraum von circa 30 Jahren mit einem kleinen



Hans-Jörg Naumer, Global Head of Capital Markets & Thematic Research von Allianz Global Investors.

Sparbeitrag von 25 Euro im Monat am Kapitalmarkt beteiligt hätten, wie Naumer anhand einer Berechnungen der Allianz weiter ausführte.

Dr. Norbert Kuhn vom Deutschen Aktieninstitut wies auf die demografische Entwicklung und die daraus entstehende Lücke in der Altersvorsorge hin. Laut Kuhn wäre derzeit eine Rendite von mindestens vier Prozent notwendig, um bei zumutbaren Beiträgen die Lücke in der gesetzlichen Rente zu schließen. Diese Rentenlücke könnte nach Berechnungen des Deutschen Aktieninstituts mit Aktien geschlossen werden. Demnach betrug selbst die Rendite eines Sparplans mit monatlichen Einzahlungen in den DAX 30 in einem Anlagezeitraum von 30 Jahren zum schlechtesten Entnahmezeitpunkt im



Dr. Norbert Kuhn, Leiter Unternehmensfinanzierung des Deutschen Aktieninstituts.

Schnitt rund 6 Prozent. Doch noch immer führten Aktien in Deutschland ein Nischendasein, wie Kuhn betonte. Das Deutsche Aktieninstitut habe daher einen Aktionsplan „Aktienorientierte Altersvorsorge“ ins Leben gerufen, um zu zeigen, wie das Potenzial der Aktienanlage für die deutsche Altersvorsorge gehoben werden kann. Mitarbeiterkapitalbeteiligung leiste dabei wichtige Aufklärungsarbeit indem sie den Einstieg in diese Anlageformen erleichtere und die Scheu der Deutschen vor Anlagen in Aktien bzw. Produktivkapital verringere. Um ein Signal in Richtung „Aktien sparen“ zu senden, sollte daher neben Aktien- und Fondssparplänen auch die Mitarbeiterkapitalbeteiligungen als Instrument zum langfristigen Vermögensaufbau für die Altersvorsorge gefördert werden, so Kuhn.

Georg Geberth von Siemens und Dr. Björn Hinderlich von der Unternehmensberatung hkp berichteten aus der Beteiligungspraxis der börsennotierten Konzerne und warfen einen Blick auf die Gründe für die geringe Verbreitung der Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland. Dabei wiesen sie darauf hin, dass insbesondere die steuerlichen Rahmenbedingungen in Deutschland zu einer –im europäischen



Georg Geberth, Director Global Tax Policy von Siemens (Links) und Dr. Björn Hinderlich, Partner hkp Deutschland (Rechts).

Vergleich –unterdurchschnittlichen Verbreitung von Mitarbeiterbeteiligungen führe. Zum einem falle der steuerfreie Betrag von 360 Euro trotz Anhebung in 2009 weiterhin gering aus. Zum anderen führten unklare Regelungen zur Abziehbarkeit der Mitarbeiterbeteiligung als Personalaufwand zu einem steuerlichen Kostenrisiko, was Unternehmen davon abhalte, mehr Beteiligungsprogramme einzuführen. Um die Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland stärker zu fördern und nicht zu behindern, müssten steuerliche Hindernisse beseitigt und die Anreize ausgebaut werden. Insbesondere sollten ein höherer Steuerfreibetrag für Mitarbeiter und die Möglichkeit zur steuerlichen Abziehbarkeit für Unternehmen rechtssicher geregelt werden, so der Appell der beiden Referenten.



1. Vorsitzende der AGP, Dr. Paul Reuter (Links), Chris-Oliver Schickentanz, Chefanlagestrategie der Commerzbank AG (Rechts) und Tobias Viering, Geschäftsführer Neue Stock-Mitarbeiter-Beteiligung GmbH (Mitte).

Für ihr beispielhaftes Beteiligungsprogramm wurde im Anschluss die August Storck KG mit dem Partnerschaftspreis des Bundesverbands Mitarbeiterbeteiligung, den „AGP Sternen 2017“, ausgezeichnet. Mit einer Beteiligungsquote von fast 100 Prozent und einer Beteiligungssumme im zweistelligen Millionenbereich zählt das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm von Storck zu einem der eindrucksvollsten in Deutschland, betonte Chris-Oliver Schickentanz von der Commerzbank AG in seiner Laudatio. Die 1903 als Bonbonfabrikant gestartete und bis heute in Familienbesitz befindliche August Storck KG gehört mittlerweile zu den 10 größten Süßwarenherstellern der Welt. „Diesen Erfolg teilt das Unternehmen mit der Belegschaft, indem es den Mitarbeitern in den ersten Jahren der Betriebszugehörigkeit Anteile ohne Eigenleistung überträgt. Dies führt dazu, dass so gut wie alle Mitarbeiter in Deutschland an dem Beteiligungsprogramm teilnehmen und als stille Gesellschafter von dem wirtschaftlichen Erfolg von Storck finanziell profitieren“, sagte Tobias Viering, Geschäftsführer der Storck-Mitarbeiter-Beteiligung-GmbH, der den Preis für das Unternehmen entgegennahm.

Wie Mitarbeiterbeteiligung vom Großkonzern bis zum mittelständischen Messebauer erfolgreich praktiziert wird, konnten die Teilnehmer in zwei parallelen Arbeitskreisen erfahren. Christian Stolle und Robert Weigert präsentierten die Belegschaftsaktienprogramme des Essener Evonik-Konzerns sowie des Berliner Energieunternehmens Eurogrid, während Livia Cramer das Genussrechtsmodell des Spezialchemie-Unternehmens Altana aus Wesel und Ilka Schulze die stille Beteiligung des Messebauers Holtmann aus Langenhagen vorstellte. Die Beispiele zeigten, dass die Entscheidung zur Einführung eines Beteiligungsprogramms nicht eine Frage der Unternehmensgröße oder der Rechtsform ist, sondern dass dieser Weg allen Unternehmen offen steht, die ihre Mitarbeiter am gemeinsamen Erfolg des Unternehmens teilhaben lassen wollen.



Dr. Philipp Steinberg, Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

In der abschließenden Podiumsdiskussion bekundete Dr. Philipp Steinberg, Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das grundsätzliche Interesse seines Hauses, die Themen Vermögenbildung und Mitarbeiterbeteiligung stärker zu unterstützen. Er räumte einen Aktualisierungsbedarf der gesetzlichen Rahmenbedingungen ein, der aufgegriffen werden müsse.



DGB-Bundesvorstand Thomas Fischer, Leiter der Abteilung für Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik.

DGB-Bundesvorstand Thomas Fischer, Leiter der Abteilung für Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik, sagte, dass sich die Gewerkschaften zum Thema Mitarbeiterbeteiligung durchaus neu aufstellen müssten. Es dürfe jedoch keine Konkurrenzsituation zur betrieblichen Altersvorsorge entstehen und Elemente der Mitbestimmung müssten mit berücksichtigt werden.

Bundestagsvizepräsident a.D. Dr. Hermann Otto Solms bescheinigte Deutschland eine grundsätzlich kritische Einstellung zur Beteiligung am Produktivvermögen. Der Bundesschatzmeister der FDP plädierte für eine freie Auswahl der Instrumente zur Vermögensbildung. Dem Bürger müsse eine Streuung und eine freie Entscheidung über die Anlageobjekte ermöglicht werden. Daher gelte es, allen Produkten, die für die Bildung von Altersvorsorgekapital in Frage kommen, u.a. die Mitarbeiterbeteiligung, die gleichen Steuervergünstigungen zu gewähren.



Dr. Hermann Otto Solms, Bundestagsvizepräsident a.D., Bundesschatzmeister der FDP.

Dr. Rolf Leuner von Rödl & Partner berichtete aus seiner langjährigen Beratungspraxis, dass es viele Unternehmen gäbe, die sich für die Mitarbeiterbeteiligung interessierten, letztlich aber aufgrund von Rechtsunsicherheiten zurückschreckten. So habe es beispielsweise in den letzten Jahren immer wieder Fälle gegeben, bei denen Betriebsprüfer und Finanzbehörden seit langem geltende Auffassungen im Hinblick auf die steuerliche Behandlung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen angezweifelt und eine abweichende Haltung gegenüber einer langjährigen steuerlichen Bewertungspraxis eingenommen hätten.

In seiner abschließenden Zusammenfassung der Tagung zeigte sich der Geschäftsführer des Bundesverbands Mitarbeiterbeteiligung, Dr. Heinrich Beyer, sehr zuversichtlich, dass Unternehmen, Verbände und Politik das Thema Mitarbeiterbeteiligung zukünftig deutlich stärker als Gestaltungsaufgabe wahrnehmen werden.

Fotos: © Wolfgang Borrs

TAGUNGSImpRESSIONEN



Eva Schulz-Kamm, Leiterin Government Affairs der Siemens AG, begrüßte die Teilnehmer in den Räumen der Siemens Hauptverwaltung in Berlin.



AGP Vorstand Doris Kempny-Weber (Links) und Sven Huschke (Rechts).



AGP Geschäftsführer Dr. Heinrich Beyer (Links) im Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Ludwig-Erhard-Stiftung, Roland Tichy.



Christian Stolle präsentierte das Belegschaftsaktienprogramm des Essener Evonik-Konzerns.



Livia Cramer (Links) und Ilka Schulze (Rechts) stellten in ihrem Arbeitskreis das Genussrechtsmodell des Spezialchemie-Unternehmens Altana aus Wesel und die stille Beteiligung des Messebauers Holtmann aus Langenhagen vor.



Robert Weigert berichtete über das Belegschaftsaktienprogramm des Berliner Energieunternehmens Eurogrid.



Podiumsdiskussion mit Dr. Philipp Steinberg, BMWi, Ludgar Ramme, ULA, Dr. Hermann Otto Solms, FDP, Daniel Mohr, FAZ, Thomas Fischer, DGB, Dr. Rolf Leuner, Rödl & Partner, und Chris-Oliver Schickentanz, Commerzbank (v.l.n.r.).



Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Dr. Rolf Leuner von Rödl & Partner mahnte die unsichere steuerliche Behandlung der Mitarbeiterbeteiligung an.



Dr. Hermann Otto Solms (Mitte) im Gespräch mit Dr. Rolf Leuner von Rödl & Partner (Links) und AGP Geschäftsführer Dr. Heinrich Beyer (Rechts).



Dr. Philipp Steinberg, BMWi (Rechts) im Gespräch mit ULA Hauptgeschäftsführer Ludgar Ramme (Links) und AGP Vorstand Doris Kempny-Weber (Mitte).

Medienpartner

Unternehmer
Edition

Bundesverband Mitarbeiterbeteiligung - AGP

Wilhelmshöher Allee 283a, 34131 Kassel

Tel.: (0561) 9324250

Fax: (0561) 9324252

Email: info@agpev.de | www.agpev.de